

Linksblick

DIE LINKE ZEITUNG VOM KREISVERBAND FÜR TELTOW-FLÄMING

www.dielinke-tf.de

27. Jahrgang · 284. Ausgabe · Oktober/November 2023

Sonne, Geschenke,
Freude – das
23. Zuckertütenfest Seite 7

Berichte aus den
Kommunalparlamenten

Beilage »Einblicke«

Anstrengung mit Kampfansage – LINKE traf sich zur Mitgliederversammlung



Die Mitglieder des neuen Kreisvorstandes, auf dem Bild fehlt Kim Ullmann.

Am 7.10.2023 fand in Luckenwalde die 14. Gesamtmitgliederversammlung (GMV) der LINKEN Teltow-Fläming statt.

Auch an dieser Stelle danken wir Maritta Böttcher, Paul Herzlieb, Svenja Lübbert, Sabine Schütte und Manfred Thier für ihre teils langjährige Mitarbeit im Kreisvorstand. Alle fünf traten nicht erneut zur Wahl an. Den neuen Vorstand bilden Felix Thier (Vorsitz), Petra Wolf-Valerius und Tom Siedenberg (Stellvertreter*in), Gabi Pluciniczak (Schatzmeisterin), Tobias Lübbert (Geschäftsführer) sowie Robert Kosin, Simon Krüßmann, Angelika Linke, Franziska Lorenz, Monika Nestler, Kim Ullmann und Max Zauber.

Die Landesvorsitzende der LINKEN, Katharina Slanina, und Landtagsmitglied Isabelle Vandré stimmten die Genoss*innen auf ein wahlkampfreiches, aufgabenreiches und herausforderndes Superwahljahr 2024 ein. »Wir müssen an den Menschen sein und ihnen unsere Lösungen für ihre Probleme aufzeigen. Was wir nicht machen sollten, ist den Menschen erst erklären zu wollen, welche Probleme sie haben, ohne davon zu wissen.«, so Slanina, die für diese Aussage viel Zuspruch erntete. Felix Thier bilanzierte die vergangene Vorstandsperiode als verh ltnism sig erfolgreiche. Zwar trat DIE LINKE nur bei einer Wahl, der Bürgermeisterwahl in Am Mellensee, mit m Bigem Erfolg an, aber es zeige sich, dass die Partei gerade bei jungen Menschen Anklang fände. Bei den Neueintritten gab es einen kleinen Aufschwung. Dies mache Hoffnung und sei Ansporn, noch mehr Mitmachangebote zu schaffen. Tobias Lübbert plädierte eindringlich dafür, dass B rgergespr che und Gesprächsangebote im gesamten Kreis, auch außerhalb der Wahlzeiten, intensiviert werden. Mit Blick auf den parteiinternen Zwist um Sahra Wagenknecht waren sich die Anwesenden einig: DIE LINKE ist mehr als ein Personenkult. Wagenknecht solle endlich Klarheit schaffen – dann könnte man sich wieder auf die wirklich wichtigen politischen Themen konzentrieren. Der spürbare Rechtsruck von Grünen bis CDU/CSU wurde ebenso scharf kritisiert wie die aktuelle Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP sowie die Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen. Klar ist: Brandenburg braucht eine starke und geeinte LINKE. Was die Menschen nicht brauchen, ist eine LINKE, die sich nur mit sich selbst beschäftigt.

nism sig erfolgreiche. Zwar trat DIE LINKE nur bei einer Wahl, der Bürgermeisterwahl in Am Mellensee, mit m Bigem Erfolg an, aber es zeige sich, dass die Partei gerade bei jungen Menschen Anklang fände. Bei den Neueintritten gab es einen kleinen Aufschwung. Dies mache Hoffnung und sei Ansporn, noch mehr Mitmachangebote zu schaffen. Tobias Lübbert plädierte eindringlich dafür, dass B rgergespr che und Gesprächsangebote im gesamten Kreis, auch außerhalb der Wahlzeiten, intensiviert werden. Mit Blick auf den parteiinternen Zwist um Sahra Wagenknecht waren sich die Anwesenden einig: DIE LINKE ist mehr als ein Personenkult. Wagenknecht solle endlich Klarheit schaffen – dann könnte man sich wieder auf die wirklich wichtigen politischen Themen konzentrieren. Der spürbare Rechtsruck von Grünen bis CDU/CSU wurde ebenso scharf kritisiert wie die aktuelle Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP sowie die Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen. Klar ist: Brandenburg braucht eine starke und geeinte LINKE. Was die Menschen nicht brauchen, ist eine LINKE, die sich nur mit sich selbst beschäftigt.

Tobias Lübbert und Felix Thier

Die weiteren Wahlgänge ergaben folgende Ergebnisse.

KREISFINANZREVISIONSKOMMISSION:

Petra Haase, Heidrun Heinrich und Anette Schreiber
■ Ersatzdelegierte 8. Bundesparteitag (BPT), Delegierte 9. BPT und Mitglieder der Bundesvertreter*innenversammlung: Maritta Böttcher und Felix Thier

■ Ersatzdelegierte 9. BPT: Sandra Kosin und Robert Kosin.

DELEGIERTE 9. LANDESPARTEITAG UND LANDESVERTRETER*INNENVERSAMMLUNG:

Judith Kruppa, Franziska Lorenz, Petra Wolf-Valerius, Robert Kosin, Tobias Lübbert und Felix Thier.

■ Ersatzdelegierte: Maritta Böttcher, Kim Just, Sandra Kosin, Angelika Linke, Silvio Pape, Reinhard Frank (letzterer nur Landesparteitag)

MITGLIEDER UND ERSATZMITGLIEDER LANDESAUSSCHUSS:

Rosegret Semt, Felix Thier, Gabriele Pluciniczak und Silvio Pape.



Jan-Peter Schulz

Thierisch gesehen

Liebe Leserinnen, liebe Leser, liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir haben gewählt, also DIE LINKE TF auf ihrer Mitgliederversammlung, und uns neu aufgestellt. Und ich stelle erfreut fest: verjüngt. Im Kreisvorstand sind jetzt deutlich jüngere Mitglieder vertreten, in unserem Kreisverband sind in den letzten Monaten zumeist junge Menschen eingetreten. Das zeigt: DIE LINKE wird vor Ort wahrgenommen und als wichtig angesehen. Kommunal können wir! Das lässt sich ebenso an der jüngsten Wahl in unserem Nachbarlandkreis sehen: der von der LINKEN aufgestellte bzw. unterstützte Parteilose Sven Herzberger steht nun mit einem AfD-Kandidaten in der Landratsstichwahl. Die seit 30 Jahren in Dahme-Spreewald regierende SPD wurde auf die Plätze verwiesen. Bekommt unsere Landrätin Kornelia Wehlan also bald weitere Unterstützung von links? Gut möglich – wenn SPD und Grüne Verantwortung beweisen und in der Stichwahl zur Wahl Herzbergers aufrufen.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

DIE LINKE.

Kreisverband Teltow-Fläming



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

VON HELMUT SCHOLZ

Bericht aus dem Europäischen Parlament

Ein Höhepunkt im Terminkalender des Europäischen Parlaments in jüngster Zeit war sicher die Rede von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur **Lage der Union**. Ich sage es ganz offen: Was die deutsche CDU-Politikerin vor dem Plenum vorgetragen hat, war schon

enttäuschend. Ursula von der Leyen hatte **keine überzeugende Vision** für die soziale und zukunftsfeste Weiterentwicklung der Europäischen Union zu bieten. Sie fand kaum Worte zur dramatischen sozialen Lage von Millionen Menschen in Europa; keine Antwort auf die Frage, wie der Energiekrise und steigenden Lebenshaltungskosten entgegnet werden soll und auch kein Vorstoß, die sogenannte »soft power« der EU zur Beendigung des Blutvergießens in der Ukraine in die Waagschale zu werfen.

Eine Kritik am Rechtsdrall in mehreren EU-Mitgliedsstaaten fehlte gänzlich – und schon gar nicht am **Schulterschluss zwischen Konservativen und Rechten**. Was wir in der Bundesrepublik gerade in einigen Ländern sehen – Stichwort die gemeinsame Abstimmung von CDU und AfD im Thüringer Landtag zur Grunderwerbssteuer – droht zur Blaupause auch für die europäische Ebene und das Europaparlament zu werden. Einer solchen gefährlichen Entwicklung wird sich DIE LINKE mit aller Kraft entgegenstellen.

Stattdessen holte Ursula von der Leyen die altbekannten neoliberalen Rezepte aus der Schublade: So hat sie eine neue Untersuchung staatlicher Subventionen für chinesische **E-Autos** angekündigt. Dieser erneut verschärfte Konfrontationskurs der EU-Kommission gegen China ist jedoch ein Irrweg, der uns beim dringlichen Kampf gegen die Klimaerwärmung wertvolle Zeit kostet. Ja, **China** investiert in Zukunftstechnologien und grüne Industriezweige. Und dafür gibt es gute Gründe. Denn mit der Klimaerwärmung, aber auch globaler Armut und politischer Destabilisierung steht die Menschheit heute vor Herausforderungen, die nie größer waren. Und auch das sogenannte Anti-Inflations-Gesetz der **USA** ist ein solcher Schritt in die richtige Richtung, nämlich ein Aufbrechen der bisherigen ordnungspolitischen Wirtschaftsstrategien. Wie also sollte die eigentliche Antwort der EU gemeinschaftlich erarbeitet und ausgestaltet werden? Die konstruktive Antwort der »geopolitischen Kommission« darauf steht weiter aus.

Ich denke, wir sollten den neoliberalen Zopf der Subventionsverbote endlich abschneiden: Wenn staatliche Unterstützung Verbraucher*innen den Zugang zu grüner Technologie erleichtert, den **sozial-ökologischen Umbau unserer Industrien** und den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ohne weitere Ressourcenüberdehnung ermöglicht, dann sollten wir Länder, die den grünen Wandel vorantreiben, nicht bestrafen. Vielmehr sollten diese Transformationen nicht im Gegeneinander, sondern in Zusammenwirken und Zusammenführen von Potentialen rund um unseren Globus realisiert werden.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-71889
Telefax: 030 227-76819
E-Mail: wk@helmutscholz.eu
Newsletter:
kurzelinks.de/khio

BUNDESTAG UND KOMMUNE

Die Ampel darf nicht zum Inflationstreiber werden!

Energie und Lebensmittel waren in den letzten Jahren die stärksten Preistreiber. Besonders die Kaufkraft geringer und mittlerer Einkommen hat darunter massiv gelitten, die Armut zugenommen. Um den Kaufkraftverlust abzufedern, hat die Ampel die Umsatzsteuersätze bei Gas und Fernwärme in im Herbst 2022 von 19 auf sieben Prozent gesenkt.

Zum Jahreswechsel aber, will die Ampel die Steuersätze wieder anheben. Mitten in der neuen Heizperiode. Und das, obwohl Gas weiter deutlich teurer als vor der Krise ist, die Inflation noch immer zu hoch ist und die deutsche Wirtschaft kriselt. Rund sieben Milliarden Euro müssen die rund 27 Millionen Haushalte, die Gas und Fernwärme nutzen, dann 2024 mehr an Steuern zahlen. Das ist ein ignorant Verarmungsprogramm und ein staatlicher Inflationstreiber!

Ursprünglich sollte die Steuer auf Gas und Fernwärme bis Ende März

2024 gesenkt bleiben. Weil die Ampel sich aber an die Schuldenbremse klammert und Geld für Unternehmenssteuersenkungen verbrät, soll es über die Mehrwertsteuer wieder hineingeholt werden. Um die Dimension mal aufzuzeigen: Für eine vierköpfige Familie bei mir aus der Lausitz bedeutet das rund 300 Euro mehr im Jahr!

Apropos Inflationstreiber: In der Gastronomie langt die Ampel ebenso mit Steuererhöhungen zu. Während Corona wurde die Mehrwertsteuer auf Speisen von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Und weil der Gastro sowohl wegen der Lockdowns als auch wegen der hohen Energiepreise massiv das Geschäft weggebrochen ist, wurde die Senkung seitdem immer wieder verlängert. Bundeskanzler Olaf Scholz hat 2021 in der ARD-Wahlkampfarena noch vor laufender Kamera versprochen: »...das schaffen wir nie wieder ab«. An das Versprechen kann er sich nun offenbar nicht mehr erinnern.

Genauso wie an die Treffen mit Cum-Ex-Betrüger Christian Olearius. Denn die reduzierte Mehrwertsteuer soll ebenfalls zum Jahresende auslaufen. Das schlägt dann mit rund drei Milliarden Euro Erhöhung zu Buche. Heißt: Das Schnitzel kostet demnächst fast 18 statt 16 Euro! Der Gastro werden noch mehr Kunden wegbleiben als heute schon. Die Krise ist in der Gastro nämlich längst nicht vorbei: Im ersten Halbjahr 2023 lag der Umsatz inflationsbereinigt noch immer zwölf Prozent unter dem Vorkrisenniveau 2019. Die ganzen Umsatzeinbußen während der Coronazeit sind noch nicht ausgeglichen. Bundesweit sind in den letzten drei Jahren fast 40.000 Gastrobetriebe pleitegegangen. Die Steuererhöhung würde noch mehr Betriebe in Gefahr bringen! Zusammen machen beide Steuererhöhungen fast zehn Milliarden Euro aus. Dabei spricht Christian Lindner doch immer davon, dass Steuererhöhungen mit ihm ausgeschlossen seien? Von wegen! Finanzieren hätte man die gesenkten Mehrwertsteuern sehr einfach. Etwa mit einer Übergewinnsteuer, die ihren Namen verdient, einer höheren Reichen-

steuer für Einkommensmillionäre, das will ja mittlerweile sogar die CDU, oder mit dem Verzicht auf das Wachstumschancengesetz.

Im Wahlkampf hat der FDP-Chef und heutige Finanzminister, Christian Lindner, noch plakatiert: »Steuererhöhungen sind Sabotage am Aufschwung«. Zum Jahreswechsel macht Lindner selbst Steuererhöhungen, das aber mitten im Abschwung.

Die Linksfraktion im Bundestag hat das im Bundestag mit einem Antrag thematisiert und eine Verlängerung der reduzierten Mehrwertsteuersätze gefordert. Was die Ampel vorhat, ist unsozial, inflationstreibend und krisenfördernd!

Kontakt:

Christian Görke, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-78218
E-Mail: christian.goerke@bundestag.de



LANDTAG UND KOMMUNE

VON ISABELLE VANDRÉ

Systemwechsel in der Wohnungspolitik einläuten

Neue Wohngemeinnützigkeit einführen

Der soziale Wohnungsmarkt kollabiert. Das ist keine neue Erkenntnis, sondern eine seit mehreren

Jahren beobachtbare Tendenz in ganz Deutschland. Auch Brandenburg bleibt davon nicht verschont, wie die Entwicklung der Mietpreis- und Belegungsbindung verdeutlicht: 2000 – 101.500 gebundene Wohneinheiten, 2020 – 21.900, 2030 – 12.500. Sowohl diese Zahlen, als auch die schier endlose Profitgier von Unternehmen, die die Mieten in immer weitere Höhen treiben, zeigen, dass es keine Begegnung der Wohnungskrise innerhalb der bestehenden Marktregeln geben wird. Deshalb müssen wir sie durchbrechen und endlich zu einer Gemeinwohlorientierung zurückkehren. Denn bis 1990 gab es bereits eine Wohngemeinnützigkeit. Sie hatte eine Garantiefunktion für Mieter*innen, weil gemeinnützige Wohnungsakteure lediglich die Kosten zur Abbezahlung des Gebäudes, sowie jene für den Unterhalt als Miete (Kostenmiete) verlangen durften. Hinzu kam, dass gemeinnützige Akteure nicht mehr als 4% Rendi-

te abführen durften. Im Gegenzug erhielten sie steuerliche Vorteile. Dank linker Initiativen, Wissenschaftler*innen wie Andrej Holm, aber auch der Gewerkschaften oder des Mieterbundes ist die Forderung nach einer Wohngemeinnützigkeit nun zurück im politischen Raum. Denn das Bundesbauministerium hat jüngst drei unterschiedliche Optionen einer zukünftigen Neuen Wohngemeinnützigkeit präsentiert. Für uns als LINKE ist klar: Es braucht eine wirkungsvolle Gemeinnützigkeit, zu der sich möglichst viele Wohnungsunternehmen verpflichten. Verankert werden muss daher die Verpflichtung zur Kostenmiete, die prioritäre Versorgung von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die Einführung von Mieter*innenräten, der bevorzugte Zugang zu Fördermitteln, Befreiung von Gewerbe-, Körperschafts-, Erbschafts- sowie Grundsteuer. Brandenburg hat die Verantwortung dafür zu sorgen, dass die Neue

Wohngemeinnützigkeit ein Erfolg wird und mit ihr der Systemwechsel in der Wohnungspolitik eingeläutet wird. Dazu wollten wir die Landesregierung im September mit einem Antrag verpflichten.

Ergebnis der Abstimmung:

Der Landtag hat den Systemwechsel in der Wohnungspolitik mehrheitlich abgelehnt. Es bleibt also, wie es ist. Und wird noch schlimmer. Aber wir bleiben am Thema dran!

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Telefon: 0331 966-1533
E-Mail: isabelle.vandred@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: [facebook.com/isabelle.vandred](https://www.facebook.com/isabelle.vandred)



Die geschiedenen Frauen der DDR – eine Wende zum Schlechten

(Die nachfolgende Handlung ist frei erfunden und basiert nicht auf wahrer Begebenheit. Sie dient lediglich als Beispiel.)

Leipzig 1973:

Die 32-jährige Marion W. lebt mit ihrem Ehemann und ihrer Tochter in einer Leipziger Plattenbauwohnung. Sie entschied sich, als sie damals schwanger wurde, Hausfrau zu sein und sich um ihre gemeinsame Tochter zu kümmern. Man nahm an es handelte sich um ein idyllisches Familienleben, bis Marion W. erfuhr, dass ihr Ehemann sie betrogen hatte, seine Sachen packte und die gemeinsame Wohnung verließ. Nun war die Junge alleinerziehende Frau auf sich alleine gestellt. Zu ihrem Glück brachten Scheidungen Frauen

in der Regel nicht in Armut in der DDR. Die Geschichte gleicht im Grunde der von 300.000 anderen Frauen. Dabei geht es nicht nur um eine gescheiterte Ehe, sondern auch um die ungleichen Behandlungen von Männern und Frauen, die für viele Frauen erst mit dem Ende der DDR anfang. In der DDR hatten Frauen die Möglichkeit, die sich um ihre Kinder kümmerten, über ein System von Zusatzzahlungen die Erziehungszeit für die Altersvorsorge anrechnen zu lassen. Dazu war lediglich ein Beitrag von drei Mark pro Monat in die Rentenkasse einzuzahlen. Die Höhe der späteren Rente war losgelöst vom Familienstand. Es zählte allein, wie viel sie in den letzten 20 Berufsjahren verdient hatten.

Marion W. fing in einer Verpackungsfabrik an zu arbeiten. Sie hatte genau durchkalkuliert, was später für sie als Rente rauskam und diese war nicht schlecht. Doch dann kam die Wende. In einem neuen Einigungsvertrag wurde auch die Rente neu geregelt, und jegliche Ansprüche von Frauen wie Marion W. übersehen. Man übernahm lediglich das Modell des Westens. In der BRD wurde ein traditionelles Familienmodell gepflegt, der Mann verdient das Geld und die Frau kümmert



Foto: Hanne-Balantj Unsplash

sich um Haushalt und Kinder. Dadurch konnten Frauen nicht selbst in die Rentenkasse einzahlen. Im Falle einer Scheidung bekamen die Frauen einen Versorgungsausgleich, einen Anteil der Rente des Mannes zugesprochen, was anhand der Ehejahre bemessen wurde. Marion W. hatte nun kein Anrecht

mehr auf ihre Ansprüche, sondern bekam auch keinen Versorgungsausgleich. Ihre Rente wurde nicht mehr nach ihren Berufsjahren errechnet, sondern in ihrem Fall nach den zehn Ehejahren. Marion W. fand nach der Schließung des Betriebes schnell wieder Arbeit und konnte so noch gut über die Runden kommen und konnte selbst noch in die Rentenkasse der BRD einzahlen. So ging es aber nicht allen geschiedenen Frauen der DDR. Mehr als die Hälfte bekommt heute noch weniger als 800 Euro und leben damit unterhalb

der Armutsgrenze. Schätzungsweise müsste der Staat den in der DDR geschiedenen Frauen 120 Millionen Euro nachzahlen. Leider sind viele dieser Frauen bereits verstorben und werden nie eine Abfindung erhalten.

Svenja Lübbert

»Gemeinsam in Jüterbog« auf dem Fürstentag

Der Fürstentag gehört seit mehreren Jahren fest in das Programm von »Gemeinsam in Jüterbog«. Die Ehrenamtsgruppe ist sehr dankbar, dass der Heimatverein ihre Arbeit und ihre Anliegen wertschätzt und immer einen Stand an prominenter Stelle am Markt zur Verfügung stellt. Dort gibt es dann ein Angebot von Speisen (»Köstlichkeiten aus vielen Ländern«), welches von Zugewanderten aus verschiedenen Ländern zubereitet und gegen eine Spende verteilt wird.



In diesem Jahr war insbesondere das reichhaltige Angebot ukrainischer Spezialitäten ein Anziehungspunkt. Es konnten so 180 Euro für die Jüterboger Tafel und 240 Euro für ein Rehaszentrum in Kiew gesammelt werden. Neben dem Angebot von Speisen versucht die Gruppe durch Mitmach-Angebote Menschen zusammenzubringen, also Einheimische und Zugewanderte.

**»Die Menschen
bauen zu viele Mauern und
zu wenig Brücken.«**

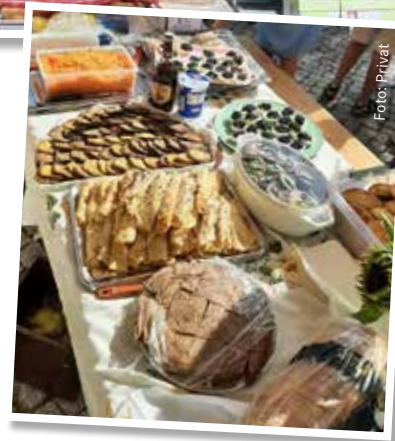
Newton

In diesem Jahr waren die Festbesucher*innen eingeladen, gemeinsam eine »Leonardo-Brücke« zu bauen. Diese Brücke, die man aus Leisten ohne Nägel, Schrauben, Kleber oder Seile bauen kann, erfand Leonardo da Vinci vor mehr als 500 Jahren. Da ein wenig Geschick für diesen



Brückenbau nötig ist, wurde in der Teestube zuvor fleißig geübt. Und vielleicht entsteht dabei sogar so viel Vertrauen, dass man sich gegenseitig über eine Brücke hilft. Wir versuchen immer Menschen zusammenzubringen, deswegen fanden wir dieses Zitat sehr passend! Denn Essen verbindet und gemeinsames Brücken bauen auch.

Mechthild Falk, Pfarrerin i. R.



Zum Bürgermeister*innenwahlkampf in der Gemeinde Am Mellensee



Fünf emotional sehr abwechslungsreiche Monate liegen hinter mir, meinem Team, allen Unterstützer*innen und meiner Familie. Momentan vereinen sich verschiedenste Gefühle in mir. Zum einen ist da die Traurigkeit, nur 3,6% der Wähler*innen von meinen, unseren Zielen so überzeugt zu haben, als dass sie sich für ein sozialorientiertes, gemeinsames Vorankommen und somit für mich als Bürgermeisterin entschieden haben. Zum anderen wohnt aber auch Stolz in mir darauf, dass ich trotz des sehr aufgeheizten Wahl-

kampfes, getrieben von Hass und Hetze, bis zum Schluss fair, ehrlich und authentisch geblieben bin. Glücklicherweise haben sich die offenen Angriffe in den sozialen Medien eher nicht gegen meine Person gerichtet. Kampagnen, wie »Bloß keine LINKE« liefen eher in Kneipen, in Straßengesprächen, WhatsApp oder ähnlichen Gruppen. Ebenso war ich auch nur ein einziges Mal Ziel eines Versuchs der Einschüchterung, der ins Leere lief. Ein weiteres, mir innewohnendes Gefühl ist Gespanntheit und Hoffnung. Einige Punkte aus meinem Wahlprogramm

haben im Laufe des Wahlkampfes Eingang in die Wahlversprechen der anderen Kandidat*innen gefunden. Ob, wann und wie diese umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Bevor ich nun mit einiger Zeit Abstand in die Analyse des Wahlergebnisses

eintrete, möchte ich mich bei all denen herzlich bedanken, die an mich geglaubt, die mich unterstützt und die mir in schweren Momenten beigestanden haben.

Judith Kruppa, Am Mellensee

Kommentar:

Es war sehr wichtig, dass die Partei durch Judiths Kandidatur in der Region ein Gesicht erhielt und so DIE LINKE auch in dieser Wahl für die Bürger*innen sichtbar war. Judiths Wahlkampf war gut und ehrlich, es gab wenig Versprechungen, bei uns war Realismus gefragt. Es wäre gut gewesen, wenn im Wahlkampf verstärkt die Einrichtungen in der Gemeinde aufgesucht worden wären, die mit Problemen verbunden werden: Kita, Freibäder, Schulen... Gut und als Erfolg unsererseits zu verbuchen war, dass die Mitbewerbenden von Judiths Programm Punkte übernahmen. Zum Ergebnis wurde eingeschätzt, dass es eine strategische Wahl gewesen sei. Ziel vieler Wählenden war offenbar, den augenscheinlich durch die AfD unterstützten Kandidaten zu verhindern und gleichzeitig den aussichtsreichsten Mitbewerbenden zu unterstützen. Das führte dazu, dass sowohl DIE LINKE, wie auch die SPD, bei Ergebnissen landeten, die so nicht zu erwarten gewesen wären.

Tobias Lübbert, Kreiswahlkampfleiter

Ein Tag im Regionalverband TF Süd



Am 08.09.2023 besuchte unsere Landtagsabgeordnete Isabelle Vandré im Rahmen ihres Wahlkreistages den LINKEN-Regionalverband Teltow-Fläming Süd. Maritta Böttcher hat uns begleitet. Auf der Tagesordnung standen u. a. Gespräche bei der Wohnungsbaugesellschaft Jüterbog mbH und der Siedlungs-, Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Jüterbog. Bei der Wohnungsbaugesellschaft Jüterbog mbH wurden wir von dem Geschäftsführer Herr Giese und Projektleiterin Frau Lorenz empfangen. Wir bekamen eine Schilderung

der täglichen Herausforderungen, die es in so einem Unternehmen zu meistern gilt. Geplante Projekte z.B. müssen wegen der steigenden Baukosten finanziell umgeplant oder gar ganz verschoben werden. Die Nutzung von Fördermitteln muss neu überdacht werden, mit Banken muss geredet werden. Oder es werden eben mal schnell Förderträge geschlossen. All das verlangt von den Akteur*innen vor Ort Ideenreichtum und Flexibilität. Wir konnten uns vor Ort verschiedene Projekte anschauen: Rekonstruktionen, geplante Umbauten, gelungene Neugestaltung von Außenanlagen. Bei der Siedlungs-, Bau und Verwaltungsgesellschaft mbH Jüterbog handelt es sich um eine private Hausverwaltung. Auch Herr Stock, Geschäftsführer, hat uns von seinen täglichen Herausforderungen berichtet. Er musste einen Hausmeister (Allrounder) einstellen, der sich wegen der derzeitigen Lage auf dem Handwerkermarkt um die zeitnahe Erledigung kleinerer Reparaturen kümmern muss. Beide Unternehmen haben sich positiv darüber geäußert, dass sich auf Landesebene jemand für ihre Erfolge, aber auch Sorgen und Nöte interessiert.

Gabi Pluciniczak,
Wahlkreismitarbeiterin Büro Vandré

Gedenken an die Opfer des Faschismus in Großbeeren

Auch in diesem Jahr nahmen Mitglieder der LINKEN an der Gedenkfeier anlässlich des Tages der Erinnerung und Mahnung, die den Opfern des Faschismus in Großbeeren gilt, teil. Angeführt von Schüler*innen der Otfried-Preußler-Schule, die die Fahnen derer Nationen trugen, die im »Arbeitserziehungs- und Gestapodurchgangslager« Großbeeren Opfer zu beklagen haben, führte ein Gedenkmarsch vom Rathaus der Gemeinde zur OdF-Gedenkstätte, die sich in einer ehemaligen Kiesgrube befindet, in der die fast 1.300 Todesopfer, die zwischen 1942 und 1945 auf grausame Weise ihr Leben lassen mussten, verscharrt wurden. Unter musikalischer Begleitung gedachten Bürger*innen und Vertreter*innen von Parteien und Vereinen den Opfern und legten Kränze und Blumen nieder. Auch dieses Jahr waren wieder internationale Gäste vor Ort. Unter ihnen der Bürgermeister der Gemeinde Buxerolles, Gerald Blanchard



sowie Nicole Godard, die Präsidentin der französischen »Föderation der Opfer und Überlebenden der nationalsozialistischen Arbeitserziehungslager«. Im Anschluss an die eindrücklichen Reden vom Bürgermeister Großbeeren, Tobias Borstel, und Nicole Godard, Tochter eines Überlebenden des Lagers, ging es zur Gedenkstätte »Hintere Friedhofsmauer« und zu den Überresten des Lagers in einem Wald, die zur Zeit durch ein Schüler*innen-Projekt weiter freigelegt werden. Auch an diesen beiden Stellen wurden Blumen niedergelegt. Im Anschluss fand bei Kaffee und Kuchen im Gemeindesaal der gelungene Gedenktag mit Gesprächen seinen Abschluss. In diesem Jahr wurde das Gedenken durch die Wanderausstellung #Stolen-Memory, die die letzten Besitztümer von KZ-Inhaftierten zeigte, begleitet.

Robert Kosin, Großbeeren

LESEULE



»Hoy, am 1.3.60

Lieber Erwin Strittmatter,
seit nahezu zwei Monaten wohnen wir in unserer neuen bunten Stadt, und noch habe ich nicht Ordnung genug in die verwirrende Fülle von neuen Eindrücken, Gesichtern und Geschichten gebracht, um Dir einen klaren und sachlichen Bericht geben zu können. Wir haben Heimweh und viel Arbeit; vieles ist anders, als wir es uns ausgemalt – manches leichter und freundlicher, als wir befürchtet haben.
Vorige Woche lernte ich meine Brigade – Rohrleger und Schweißer – kennen, bei der ich arbeiten werde. Ich bin sehr herzlich aufgenommen worden; der Meister ist ein guter, kluger Mensch, sein Einfluß auf die Brigade unverkennbar. (...) Unser Zirkel schreibender Arbeiter hat sich vor einem Monat zusammengeschlossen; wenigstens zwei der Kollegen sind begabt, und einer von ihnen, außergewöhnlich begierig auch auf sehr strenge Kritik, macht erstaunliche Fortschritte, seit wir mit ihm arbeiten (...)
Herzliche Grüße, Brigitte Reimann«

Die Abiturienten Recha, Nikolaus und Kurt gehen vor ihrem Studium ein Jahr ins Kraftwerk Schwarze Pumpe, um den Aufbau zu unterstützen und nach der Schule ein wenig Lebenserfahrung zu sammeln. Schnell merken sie, wie schwer es ist, sich zu behaupten, und dass die Realität auch sonst härter ist, als sie erwartet haben. Und als sich Nikolaus und Kurt beide in Recha verlieben, kommen noch mehr Komplikationen auf sie zu. Brigitte Reimann war eine der bekanntesten Autorinnen der DDR. Entstanden ist Anknüpfung im Alltag aufgrund ihrer eigenen Zeit im VEB Kombinat Schwarze Pumpe, in dem sie mehrere Jahre im Rahmen des Bitterfelder Wegs arbeitete, einerseits, um als Autorin Kontakt zu Arbeitern zu haben und selbst solch eine Arbeit auszuführen, um die Lebenswelt der Arbeiter in ihren Büchern richtig darzustellen, und andererseits, um Arbeiter ans Schreiben heranzuführen und zu ermutigen. Dazu leitete sie dort auch einen Zirkel schreibender Arbeiter. In Anknüpfung im Alltag verarbeitet sie also ihre Erfahrungen dort, schreibt aber auch über die Situation jüdischer Kinder in der Nachkriegszeit, der oft auch harten Realität des Aufbaus des Sozialismus, und, ganz banal, dem Erwachsenwerden. Zuerst erschien der Roman 1961 im Verlag Neues Leben und wurde nun 2023 vom Aufbau Verlag neu aufgelegt – eine Wiederentdeckung, die zu begrüßen ist.



Erhältlich im lokalen Buchhandel, auch im Kleinen Buchladen im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin (Versand möglich):
www.kleinerbuchladen.de
bestellung@kleinerbuchladen.de
030/24724683

Brigitte Reimann
»Anknüpfung im Alltag«
Taschenbuch, 260 Seiten,
Aufbau Taschenbuch Verlag
14. Februar 2023, 12,00 Euro
ISBN 978-3-7466-4041-9

DABEI SEIN: TERMINE UND AKTIONEN

Luckenwalde

Ehrungen zum Volkstrauertag
19.11.2023, 10.00 Uhr
Gedenkstätte Waldfriedhof
danach Stalag-Friedhof

Beratung Redaktion Linksblick
22.11.2023, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
22.11.2023, 19.00 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Beratung Fraktion DIE LINKE/BV
SVV Luckenwalde**
28.11.2023, 18.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
13.12.2023, 19.00 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Ludwigsfelde

LINKE Stunde
2.11.2023, 18.00 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

LINKER Seniorentreff
14.11.2023, 12.00 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

LINKES Frühstück
18.11.2023, 19.30 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

**Rote Socken und mehr...
stricken und häkeln**
25.11.2023, 10.00 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

LINKES Adventsfrühstück
3.12.2023, 10.00 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

LINKE Stunde
7.12.2023, 18.00 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

LINKES Adventsfrühstück
10.12.2023, 10.00 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

LINKER Seniorentreff
12.12.2023, 12.00 Uhr
Linkstreff Ludwigsfelde

Jüterbog

RV TF Süd
24.10.2023, 19.00 Uhr
Große Str. 62

22. September 2024 – Wahlen zum Brandenburger Landtag

In Ludwigsfelde wählen die Genoss*innen des **Wahlkreises 23** (Am Mellensee, Ludwigsfelde, Großbeeren, Trebbin und Nuthe-Urstromtal) einstimmig **Tobias Lübbert** zum Direktkandidaten. Der 29-jährige, studierte Arbeitsmarktmanager, ist in Am Mellensee aufgewachsen und wohnt nun in Ludwigsfelde. In Trebbin hat er jahrelang Handball gespielt. Diesen »Heimvorteil« möchte er nutzen um einen erfolgreichen Wahlkampf für DIE LINKE zu betreiben. Tobias will die soziale Ungleichheit im Land bekämpfen. »Ein Landtagsabgeordneter, gerade ein direkt gewählter, sollte die Nöte und Sorgen der Menschen kennen. Das Gefühl habe ich bei der Landesregierung aus CDU, Grünen und SPD nicht. Ich möchte mit dem Ohr dicht am Menschen sein und unseren schönen Landkreis in Potsdam gebührend vertreten«, sagt Tobias. Und weiter: »Gesundheit, ÖPNV, Bildung, Energie und Wohnen dürfen nicht gewinnorientiert sein. Der »Markt« hat vieles im Auge, aber niemals das Wohl der Menschen. Es kann nicht sein, dass Viele die Krise und Wenige die Profite bekommen!« Als Mitglied im Landtag will sich Tobias u. a. für mehr Landärzt*innen, mehr sozialen Wohnungsbau, eine bessere Anbindung der ländlichen Region durch den ÖPNV und eine nachhaltige Wirtschaftsförderung für gut bezahlte Berufe in unserer Region einsetzen. Die konkreten Probleme der Menschen vor Ort weichen oft von denen ab, die in Potsdam »identifiziert« werden. Dicht an den Menschen bedeutet für Tobias also, dass er noch in diesem Jahr Gesprächsangebote für die Menschen in den einzelnen Regionen des Wahlkreises anbieten möchte, um so auch die konkreten örtlichen Probleme mit ins Auge fassen zu können.

Felix Thier ist der Kandidat der LINKEN für das Direktmandat im **Wahlkreis 24** (Luckenwalde, Jüterbog, Niedergörsdorf, Amt Dahme/Mark) für die Landtagswahl am 22. September 2024. Felix Thier, studierter Forstwirt und bei einer Berufsgenossenschaft arbeitend, will Teltow-Fläming endlich wieder eine wahrnehmbare und vor allem soziale Stimme im Landesparlament geben. Dafür gehört für Felix Thier mehr dazu, als bei diversen Festen



V.l.n.r.: Robert Kosin, Tobias Lübbert, Felix Thier

in der Region aufzutauchen, Hände zu schütteln und gleich wieder zu verschwinden. Die Menschen unserer Region sind bodenständig, fleißig, ehrlich und haben ein sehr feines Gespür. Sie wünschen sich jemanden, der ihre Probleme und Sorgen ernst nimmt und sich um deren Lösung in der Landespolitik kümmert. Vom Land finanzierter ÖPNV mit Bus und Bahn, ausreichend Personal in Schulen und Kitas, Radwegebau an vielbefahrenen Landesstraßen. Bei neuen Projekten wie medizinischen Versorgungszentren im ländlichen Raum darf das Land nicht als Bremser, sondern muss vielmehr als Förderer agieren. Und vor allem: Wenn die Landespolitik den Kommunen Aufgaben überträgt und Standards erhöht, dann muss dafür auch das Geld mitkommen. Wenn von Gewinnerregionen geredet wird, aber viel zu wenige Menschen von den positiven Entwicklungen auch tatsächlich in ihrem Alltag profitieren, läuft etwas falsch in der Landespolitik. Das liegt an einer Regierung aus SPD, CDU und Grünen, die weit weg ist von den alltäglichen Problemen und Sorgen, diese kleinredet, ignoriert und zum Teil sogar noch verschlimmert. Die Menschen in unserer von Zuzug und Wachstum geprägten Region spüren einen Mangel, den die Landespolitik – und nicht allein der Landkreis – ausgleichen müsste. Das Geld dafür ist vorhanden – nur sorgt die aktuelle Mehrheit aus SPD, CDU und Grünen für eine falsche Verteilung. Die derzeitige Landesregierung glänzt eher durch Streit und Zerrissenheit und beschäftigt sich mit sich selbst, statt mit den Problemen der Brandenburger*innen. Gerech und solidarisch muss wieder im Landesparlament gelten. Und dafür braucht es eine starke LINKE!

Im **Wahlkreis 25** haben sich die Genoss*innen aus Blankenfelde-Mahlow, Baruth/Mark, Rangsdorf und Zossen für die Aufstellung von **Robert Kosin** als Direktkandidaten ausgesprochen. Robert ist Kreisvorstandsmitglied der LINKEN in TF und Vorsitzender der Basisorganisation in Großbeeren. Der 38-jährige lebt seit 2015 in Großbeeren und möchte den Status Quo Richtung Gerechtigkeit verändern. Als Altenpfleger erlebt er tagtäglich die Probleme unseres Systems am eigenen Leib. Neben Zeit- und Gelddruck bleibt oft wenig Zeit für die tatsächliche Pflegearbeit am Menschen. Unter diesem Druck leiden schlussendlich nicht nur die Patient*innen, sondern auch die Pflegekräfte. Den Fokus seiner politischen Arbeit legt Robert daher auf die Gesundheitspolitik. Die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals, bessere medizinische Versorgung auf dem Land, den Erhalt beider Teltow-Fläminger Krankenhäuser und einem bezahlbaren Leben für alle. Hinzu kommen Themen wie die Verkehrswende, der Ausbau des ÖPNV und die soziale Infrastruktur. »Es ist mir wichtig, dass die Mieten nicht weiter explodieren, weil Spekulanten sich eine goldene Nase verdienen wollen, es genügend Kita- und Schulplätze inklusive des dafür benötigten Personals gibt, für jedes Kind eine warme Mahlzeit am Tag kostenfrei ist und sich generell alle die Butter auf dem Brot leisten können. Kurzum: Mir ist es wichtig, dass unsere Region lebenswert für alle bleibt.«, so Robert Kosin. Auch Robert wird in den kommenden Monaten versuchen, sich ein noch klareres Bild vom Wahlkreis 25 zu machen und die Probleme der Menschen vor Ort mit in den Wahlkampf und den Landtag zu tragen.

Das Zuckertütenfest der LINKEN aus Jüterbog nicht mehr wegzudenken

Bereits zum 23. Mal fand dieses Event statt. Etwas Ähnliches gab es schon in den Jahren zuvor, als wir noch in der Neuen Wohnstatt Feste für Kinder veranstaltet haben. Diese wurden immer beliebter und zogen immer mehr Gäste an. So wurde das Areal rund um die Baracke bald zu klein, so dass wir in den Schlosspark umzogen. Das Zuckertütenfest findet seitdem jedes Jahr regelmäßig am Samstag vor dem Einschulungswochenende im Park statt. Bis auf wenige Ausnahmen hat dies auch immer geklappt. So mussten wir drei Mal in den Garten des Kulturquartiers umziehen, weil es Bauarbeiten gab oder die Bäume mit dem Eichenprozessionsspinner befallen waren. Doch in diesem Jahr konnte wieder an bekannter Stelle gefeiert werden. Eingeladen waren alle Kinder, die in Jüterbog eingeschult wurden. Wir machen aber auch Ausnahmen, falls ein auswärtiges Schulkind gerade in der Stadt zu Gast ist. Auch Kinder aus der Ukraine waren zahlreich dabei und waren glücklich. Für ABC-Schützen wurden 100 Schultüten vorbereitet, die vor allem mit praktischen Dingen gefüllt sind. Dazu gehören einige Mal- und Bastelsachen wie Farben, Malblock, Pinselbecher, Schere und Klebestift. Auch für Naschkatzen liegt eine Kleinigkeit dabei. Vorbereitet musste auch alles andere werden, denn an diesem Tag wird den Kindern noch einiges geboten. Im großen Kreativzelt kann gebastelt, gemalt und geschminkt werden, es gibt eine große Hüpfburg und Musik mit DJ Macky aus Berlin, der uns schon viele Jahre

begleitet und einfach dazu gehört. Dieser bietet auch Airbrush-Tattoos an. Zudem gibt es Bockwurst, Getränke, einen Popcornautomaten und selbst gebackenen Kuchen. Auch die Feuerwehr Jüterbog und die Fahrschule Fasit waren wieder mit an Bord. Da sämtliche Sachen von der Partei DIE LINKE finanziert werden und auch Spenden in die Büchse kommen, bleiben alle Angebote für die Kinder kostenlos. Lediglich die Eltern werden um einen kleinen Obolus gebeten, wenn sie etwas verzehren wollen.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei den zahlreichen Helfer*innen. Dazu gehören auch viele Ehrenamtliche, die sich für das Event stark machen. Die Bereitschaft, uns zu unterstützen und für die Kinder etwas auf die Beine zu stellen, ist sehr groß. Ich muss jetzt zunehmend mit Helfenden reden, die sich den ziemlich »großen Mantel« anziehen, um das Fest weiter zu führen. Ich werde ja, wie alle Menschen, nicht jünger. Noch bin ich fit und freue mich schon auf nächstes Jahr.

Maritta Böttcher



»Jedes Jahr wieder und jedes Jahr toll... das 23. Zuckertütenfest in Jüterbog. Und da mich mein Schwesterherz heute begleitete, hatte ich gleich Spaß hoch 2! Lauter aufgeregte Würmchen, die sich auf die Schule und das Lernen freuen. Und damit das Lernen auch die ganze Schulzeit über Spaß macht, schaut euch einfach mal auf der Internetseite der DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg um und die Positionen unserer Bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg an...

Hier gibt es konkrete Vorschläge und nicht nur Larifari.
Danke an alle Aktiven vor Ort für die Orga und ganz besonders an Maritta Böttcher!
Nächstes Jahr bin ich natürlich wieder dabei...«

Katharina Slanina,
Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@
dielinke-teltow-flaeming.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN:
DE80 1605 0000 3633 0274 15

**Leserbriefe und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

Papier sparen?

Bestellen Sie den
Linksblick online
und erhalten Sie
ihn zukünftig per
E-Mail:
kurzelinks.de/vvon



Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de
Redaktionsschluss: 30. September 2023
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.450, Oktober 2023
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Nachgefragt: Vanessa Dann



Vanessa Dann, Auszubildende, Tochter einer
alleinerziehenden Mutter.

Ich bin am 8. Juli 2001 in Schleswig-Holstein geboren. Aufgewachsen bin ich allerdings in Parchim, Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe eine ältere Schwester und einen jüngeren Bruder und wir wurden weitestgehend nur von unserer Mutter großgezogen. Außerdem habe ich Familie in ganz Deutschland verteilt, denn ich bin Nachfahrin von Spätaussiedlern aus Kasachstan und als sie in den 1990ern nach Deutschland kamen, sind sie in verschiedenen Orten gelandet. Vor einigen Jahren sind wir mit meiner Mutter nach Neustadt-Glewe gezogen, das nicht weit von Parchim liegt. Während der Corona-Zeit habe ich erst mein Abitur abgelegt und dann eine Kosmetikausbildung

abgeschlossen. Im August bin ich dann alleine nach Luckenwalde gezogen, um eine zweite Ausbildung zur Buchhändlerin in Berlin anzufangen. Mein Betrieb ist »Der kleine Buchladen« im Karl-Liebknecht-Haus.

Was ist für dich links?

Links sein bedeutet für mich Klassenkampf. Ich bin selber in Armut aufgewachsen und als Auszubildende immer noch betroffen. Ich möchte einen aktiven Beitrag dazu leisten, dass es Leuten wie mir – und darüber hinaus – finanziell besser geht und niemand in der Angst leben muss, sich seinen Lebensunterhalt nicht leisten zu können.

Warum bist du in dieser Partei?

Wir als LINKE müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren und uns nicht in unproduktiven Diskussionen verrennen. Wir müssen an zentralen Zielen festhalten, und das gemeinsam.

Was regt dich auf?

Zeitverschwendung. Wenn belanglose Themen unnötig aufgeblasen werden und somit der Fokus von den wichtigen Kernthemen abgelenkt wird.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Ich arbeite in Berlin. Jeder Tag ist somit mehr oder minder ein Schock, wenn man ursprünglich aus einer ländlichen Region kommt.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich lebe sehr gerne hier! Meine Familie ist hier und meine Freunde habe ich auch hier. Ich würde auch nicht lieber in Kasachstan leben oder so. Ich war da noch nie, ich glaube mir wäre es dort zu warm und kasachisch kann ich auch nicht.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichkeit. Das ist mir echt am wichtigsten. Wenn jemand noch dazu in der Lage ist, vernünftig zu diskutieren und auch kritikfähig ist, dann ist das auch ein dickes Plus.

Wie sollte Luckenwalde in zehn Jahren aussehen?

Die Frage lasse ich fairerweise mal aus, denn ich wohne hier ja erst seit August. Ich muss die Stadt noch ordentlich kennenlernen. ;-)

Was bedeuten für dich Kunst und Kultur?

Alles. Ich verkaufe Bücher, natürlich hat dies für mich eine große Bedeutung. Ich finde es sehr schön, dass ich dazu beitrage, Kultur an eine hohe Bandbreite von Kundschaft zu bringen. Auch im privaten Umfeld tue ich einiges dafür. Ich habe zum Beispiel letzte Woche mit meinen Cousins im Grundschulalter ein Musical besucht.

Protest



Am 13. und am 20. September 2023 war die AfD in Luckenwalde und Ludwigsfelde, um unter dem Motto »Aufnahmestopp jetzt« zu protestieren. Diesen AfD-Protesten haben wir uns entgegengestellt. Bei beiden Demonstrationen waren mehr AfD-Gegner*innen als Unterstützer*innen. Es ist erschreckend, dass diese Partei immer mehr Zuspruch in der Bevölkerung erhält. Bei der Demo in Luckenwalde wurde eine Reichsflagge gehisst. Viele Menschen würden nach aktuellen Umfragen gegen ihre eigenen Interessen wählen. Die AfD setzt sich gegen eine Begrenzung von Mieterhöhungen ein. Sie lehnte einen Antrag für den sozialen Wohnungsbau ab, stellt sich gegen

die Erhöhung von Mindestlöhnen und gegen eine Mindestvergütung von Azubis. Sie ist gegen eine Vermögenssteuer und verbreitet auch Fakenews. Die AfD tut so, als würde eine Vermögenssteuer auch die Mittelschicht betreffen. Dabei geht es bei der Vermögenssteuer lediglich um Vermögen ab 1 Million Euro. Sie stimmt für Steuererleichterungen für Besserverdienende. Auch von einer Kindergrundsicherung hält die AfD nichts. Sie stimmte gegen den Gesetzentwurf und zwar nicht, weil 2,6 Mrd. Euro zu wenig sind, um Kinderarmut effektiv bekämpfen zu können, sondern weil sie keine Kindergrundsicherung haben wollen. Die AfD ist keine Alternative

zur herrschenden Politik. Wer mit der Politik der Regierung, auch aus sozialen Gründen, nicht zufrieden ist, kann eigentlich nur DIE LINKE wählen. Wir sind diejenigen, die immer an der Seite des Proletariats standen. Wir sind diejenigen, die eine gerechte Steuerpolitik wollen, uns von der Profitmaximierung im Gesundheitswesen verabschieden wollen. Wir setzen uns für Deckelungen der Mieten, Strompreisminderungen, höhere Mindestlöhne, Bekämpfung der Kinderarmut, Bekämpfung der Altersarmut, gegen die Besteuerung von Renten und ein gerechtes Bildungssystem ein.

Tom Siedenberg, Jüterbog